

... die Sonne nimmt
altdentschen Lampen
die Arbeitsplätze weg!

**DORTMUND:
VON FUKUSHIMA
KEINEN SCHIMMER ?**

Liebe LeserInnen,



zugegeben: Es könnte uns schon mit Freude erfüllen, wenn nach so vielen Jahren des Mahnens und Demonstrierens der Atomausstieg nun so nahe scheint. Und wetten, dass die GRÜNEN dadurch nicht überflüssig werden, so wie es der ein oder andere politische Gegner und Medienmensch nun prophezeit?

Zugegeben: Da kommt ein merkwürdiges Gefühl auf, wenn jetzt die Demobilizer aus Brokdorf und von der Castor-Blockade im Wendland gezeigt werden. Und wetten, dass uns beim Atomausstieg noch manch eine Überraschung erwartet? Es gibt nach wie vor mächtige Gegner.

Fast heimlich kommt eine neue Elementar-Gefahr daher – kurz Fracking genannt. Wieder einmal geht es um Energie, die unter uns im Gestein gebunden ist: Erdgas, das mit Hilfe hochgiftiger Chemikalien gefördert werden soll. Abgesehen davon, dass unsere Generation die Erde nicht wie eine überreife Zitrone final ausquetschen muss – unter uns lagert eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen: Wasser. Von seiner Sauberkeit leben wir und zukünftige Generationen. Die Gefahr radioaktiver Verseuchung beim Grundwasser haben wir schon. Viele andere Gifte sickern seit Jahren unbemerkt ins Grundwasser. Soll da jetzt noch ein geheimer Chemiecocktail dazukommen? Früher wurde man für Brunnenvergiftung mit dem Tode bestraft. Wir GRÜNEN können solche Brunnenvergiftung nur ablehnen.

So kommen wir von der Ökologie zur Basisdemokratie: Die Brunnenvergifter von heute werden mit Profit belohnt.

Und dabei fühlen sie sich gestört von allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Recht auf Information und Transparenz einfordern. Frau Merkel verhandelte die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen hinter verschlossenen Türen, nicht im Parlament. Den „Ausstieg“ bereitete eine von ihr eingesetzte Ethikkommission vor, nicht die parlamentarische Debatte.

Beim Fracking ist es kaum anders. Hier entscheiden die Landesoberbergämter nach Bergrecht und Gutsherrenart ohne Beteiligung der BürgerInnen. Großtechnologien und ihre Konzerne scheuen die demokratischen Strukturen: Denn Interessenabwägung könnte ihre Gewinne beschneiden – hier gibt es basisdemokratisch noch unendlich viel zu tun. Zum Beispiel die Abschaffung des Bergrechts.

Wetten dass die GRÜNEN nicht überflüssig werden? Im Gegenteil: Immer mehr Menschen wollen, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Basisdemokratie als grundGRÜNER Grundsatz hat nicht ausgedient – auch wenn es die Energiekonzerne und andere gerne hätten.

Wie gut, dass wir Dortmunder GRÜNEN jüngst vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Akteneinsicht gegen Envio erstritten haben. Das Informationsrecht wird also höher bewertet als irgendwelche „Betriebsgeheimnisse“.

Sich Recht vor Gericht zu erstreiten ist das eine. Das andere aber ist, unsere demokratischen Grundrechte auszubauen und immer wieder gegen mächtige Gegner zu verteidigen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen schönen Sommer.

Hilke Schwingeler

Hilke Schwingeler
Sprecherin des Kreisverbands Dortmund

Echt schräg	
Vorwort: Hilke Schwingeler Sprecherin des Kreisverbands Dortmund	2
Von Tschernobyl bis Fukushima	
Und irgendwo dazwischen ... wir!	4 - 5
GRÜNE Energiepolitik	
versus	
Die Pflichten eines Aufsichtsratsmitglieds	6
Schlecht gemacht:	
Das Bürokratiemonster „Bildungs- und Teilhabepaket“	7
Herkulesaufgabe Gebäudesanierung:	
Keine halben Sachen, sondern ein wirkungsvolles Sanierungsprogramm des Bundes muss her!	8 - 9
Der GRÜNE Blick der Nordstadt	
Protestierende Prostituierte, vermüllte Wohnhäuser: Die Nordstadt hat in den vergangenen Monaten überregional Schlagzeilen gemacht – leider vor allem negative	10 - 11
30 Jahre GRÜNE In Dortmund	
Heute: Sebastian Müller	12
Nachrufe	
Peter Halbsguth	12
Helga Hilbert	13
Themen wandern durch die GRÜNEN Ebenen:	
Landesvorstandsstruktur, Fracking und Atomausstieg	13 - 14
Beitrittserklärung	15
Termine, Kontakte & Impressum	16

UND IRGENDWO DAZWISCHEN ... WIR!

► Welch ein Fingerzeig der Geschichte! Kurz vor dem 25. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl führt uns erneut ein GAU an die Grenzen des Denkbaren. So wie das damals noch unbekannte Tschernobyl wurde nun auch Fukushima für uns zu einem konkreten Punkt auf der Landkarte. Tschernobyl offenbarte die Zukunftsunfähigkeit eines gesellschaftspolitischen sowie eines technologischen Systems.

Wenige Tage nach der Katastrophe [flatterte] die rote Fahne über dem vierten Reaktor. Einen Monat später war sie von der hohen Strahlung zerfressen. Eine neue Fahne wurde gehisst. Einen Monat später die nächste...

Die Art und Weise, wie das Sowjetregime mit der Katastrophe umging, aber auch wie es überhaupt dazu gekommen war, machte nur allzu deutlich:

Von Tschernobyl ...

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit war unüberbrückbar. Man hatte die Technik nicht im Griff. Die Informationspolitik nach der Katastrophe war menschenverachtend. Geradezu menschenlebenverachtend waren die hilflosen Bemühungen zu retten, was zu retten war: Tausende so genannter „Liquidatoren“ wurden in den sicheren Tod geschickt, weil irgendjemand die Arbeit ja erledigen musste. Tschernobyl läutete das Ende der Sowjetdiktatur ein.

Wieder zu Hause, habe ich alle Sachen, die ich dort getragen hatte, in den Müllcontainer geworfen. Nur das Käppi habe ich meinem kleinen Sohn geschenkt. Er wollte es so gerne haben. Er hat es ständig getragen. Zwei Jahre später wurde bei ihm ein Hirntumor festgestellt.

Tschernobyl strahlte jedoch auch weit über die Grenzen der damaligen UdSSR hinaus. Es bestätigte auf dramatische Art jene Mahnungen der Anti-AKW-Bewegung, die die Entwicklung der Atomenergie von Anfang an kritisch begleitete. Die nun in weiten Kreisen der Gesellschaft geführten Auseinandersetzungen mit den Risiken und Folgen der Atomenergie mündeten in Deutschland in einen breiten Konsens der Ablehnung. Dieser fand 2001 seinen Niederschlag in dem Atomausstiegsgesetz der rot-GRÜNEN Regierung.

Ich habe einen Mann gesehen, dessen Haus vor seinen Augen eingeebnet, sozusagen „begraben“ wurde ... Begraben wurden Häuser, Brunnen, Bäume ... Wir begruben den Wald ... Erde wurde in Erde begraben ...

Mit dem im letzten Herbst, dem „Herbst der Entscheidungen“, übers Knie gebrochenen Gesetz zur Laufzeitverlängerung kündigte die Regierung Merkel, getrieben durch die Atomlobby, diesen Konsens einseitig auf. Die Möglichkeit, Restlaufzeiten von abgeschalteten AKWs auf noch laufende zu übertragen, hätte einen Ausstieg aus der Atomkraft frühestens zur Mitte des Jahrhunderts bedeutet. Die Proteste, die diese Entscheidung hervorrief, waren enorm (wir berichteten in Grindo Nr. 10).

Ich stelle mir vor, wie es hier in hundert Jahren aussehen könnte: Ein Mensch oder so etwas Ähnliches tragt auf allen Vieren über die Erde, die langen Hinterbeine gestreckt, nachts sieht das Wesen mit einem dritten Auge, und mit dem einzigen Ohr am Kopf hört es sogar die Ameisen rennen. Nur die Ameisen sind am Leben geblieben, alles andere auf der Erde und am Himmel ist tot.

Fukushima bestätigte erneut, dass Risikoberechnungen nicht nur die Eintrittswahrscheinlichkeit im Auge haben müssen sondern auch die möglichen Folgen.

Fukushima machte jedem deutlich, dass Sicherheit in der Atomenergie keine Frage des wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Systems und schon gar nicht eine Frage des Technologiestands ist.

Mir fielen Zeitungsmeldungen ein: Unsere Atomkraftwerke sind absolut sicher, man könnte sie auf dem Roten Platz bauen. Sicherer als ein Samowar.

Auch im Hochtechnologieland Japan versagte die Technik. Auch hier wurden bestehende Sicherheitsnormen unterlaufen, wurde im Angesicht der Katastrophe eine verharmlosende Informationspolitik betrieben, wurden Strahlungsobergrenzen beliebig neu festgelegt, wurden Arbeiter in den sicheren Tod geschickt.

... bis Fukushima ...

Systeme zur atomaren Energieerzeugung sind hochkomplexe, zentralistisch organisierte Systeme, denen ein Demokratiedefizit immanent ist. Diese Komplexität in Kombination mit kurzfristigen Aussichten auf Gewinnmaximierungen muss zwangsläufig zu mafiosen Strukturen und mafiosen Verhaltensmustern seitens der Verantwortlichen führen.

So auch in Deutschland! Das Atom-Oligopol bestehend aus den „Großen Vier“ bestimmt seit Jahren die Energiepolitik und führte so mancher Regierung die Feder. Auch hier wurden Informationen über Störfälle permanent unter den Teppich gekehrt, Risiken und Ewigkeitskosten bagatellisiert, Geheimverträge ausgehandelt. Der Skandal der Asse schließlich wurde nicht nur zum Millionengrab, er offenbarte den ganzen Lug und Trug in dem schmutzigen Geschäft namens Atomwirtschaft.

Block 1

In der Republik waren wir die Einzigen, die über Fachleute und Spezialgerät auf diesem Gebiet verfügten. Man brachte Innereien von Haustieren und Tieren aus der freien Wildbahn. Nach den ersten Proben war klar, dass wir nicht Fleisch, sondern radioaktive Abfälle vor uns hatten.

Mühsam hecheln die Regierungsparteien in Berlin dem Generationen übergreifenden Konsens hinterher und dürfen sich nicht wundern, dass wir ihnen genauestens zwischen die Zeilen schauen. Zunächst überboten sie sich mit radikalen Ausstiegsszenarien, warfen gar SPD und GRÜNEN vor, 2001 nicht weit genug gegangen zu sein. Langsam ruderten sie wieder zurück: Stresstests wurden verwässert, Ausstiegspläne mit Revisionsoptionen verbunden. Die Atommultis wagten sich wieder aus der Deckung, flankiert von Atomlobbyisten à la Brüderle ...

Der Atomausstieg wäre jetzt unumkehrbar festzuschreiben, mit klaren Stilllegungsdaten bis 2017, ohne die Möglichkeit, Produktionsrechte zu übertragen, ohne „kalte Reserve“, ohne doppelten Boden. Eine verfassungsrechtliche Verankerung des Atomausstiegs würde diesen umso mehr absichern.

Die von uns geforderte Energiewende setzt auf den Dreiklang aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Konzepte hierzu liegen vor. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen zudem, dass mehr möglich ist, als man anfangs zu träumen wagte. Um aber wirklich nachhaltig zu sein, muss

die einzuleitende Energiewende nicht nur wirtschaftlich und ökologisch, sie muss auch demokratisch sein. Die Marktdominanz der vier Energiemultis gilt es zugunsten von dezentralen, transparenten Energieerzeugungsstrukturen zu brechen.

Vor der Abreise wurden wir darauf hingewiesen, dass es im staatlichen Interesse läge, sich nicht über das auszulassen, was wir gesehen haben. Aber außer uns weiß keiner, was dort passiert ist. Wir haben nichts begriffen, aber wir haben alles gesehen.

... und irgendwo dazwischen: wir!

In Dortmund haben wir die Chance, 2014 die Dortmunder Stadtwerke (DSW21) wieder vollständig in die Hände der Öffentlichkeit zu bekommen. Noch hält die RWE 47 Prozent der Stadtwerke. Sie ist an 5 der 17 deutschen Atomkraftwerke beteiligt, ist Anteilseigner der Urananreicherungsanlage in Gronau und Gesellschafterin am Brennelemente-Zwischenlager Ahaus. RWE plant eine Beteiligung am AKW Borssele, dem einzigen Kernkraftwerk der Niederlande. Zudem hat sie angekündigt, in Zukunft noch stärker in das ausländische Atomgeschäft einzusteigen.

Da die DEW21 80 Prozent ihres Stroms von der RWE bezieht, sind 15 Prozent des DEW-Stroms Atomstrom. Ohne es zu wissen, und ohne es zu wollen, ermöglichen Dortmunder BürgerInnen der RWE, ihre schmutzigen Atomgeschäfte weiter zu betreiben.

Wenn der Gesellschaftervertrag 2014 nicht verlängert wird, dann können wir hier in Dortmund einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Energiewende leisten.

Zwischen Tschernobyl und Fukushima ist vieles in Gang gekommen und ist auch noch vieles möglich ...

Die Nacht des 26. April 1986 ... In einer Nacht gelangten wir an einen neuen Ort der Geschichte. Wir sprangen in eine neue Realität, und diese Realität überstieg nicht nur unser Wissen, sondern auch unsere Einbildungskraft. Der Zusammenhang der Zeiten riß ...

Nachtrag

1. Mai 2011. Ich stehe im Anschluss an die Maikundgebung mit unserem Lastenfahrzeug vor dem Westfalenpark. Ein Polizist fährt mit seinem Motorrad vor und fragt mich, ob ich denn Aufkleber hätte. Etwas überrascht zeige ich ihm die „Atomkraft Nein Danke!“-Aufkleber, die sich mittlerweile als Klassiker entpuppt haben. Genau so einen hätte er gerne ... und zwar bitte an sein Motorrad geklebt. Ich bin noch mit der Frage beschäftigt, ob er als Polizeibeamter das überhaupt darf. Doch da fährt er auch schon mit dem Aufkleber vorne drauf davon.

Das war der Moment, in dem ich wusste, dass das mit dem sofortigen Atomausstieg klappen kann ...

(Bei den kursiv gedruckten Passagen handelt es sich um Augenzeugenberichte, zitiert aus dem Buch von Svetlana Alexijewitsch: Tschernobyl – Eine Chronik der Zukunft, Berlin 2011. S.125, 102, 123, 120, 121, 201, 109, 41.)

Remo Licandro ist Sprecher des Kreisverbands Dortmund.

GRÜNE ENERGIEPOLITIK VERSUS DIE PFLICHTEN EINES AUFSICHTSRATSMITGLIEDS



► Die Aufregung war groß, als sich die Dortmunder GRÜNEN gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Umweltverbände in einer Pressekonferenz kritisch mit der Energiepolitik der Dortmunder Energie und Wasser (DEW21) auseinandersetzten. Was war geschehen?

Anlass für die Pressekonferenz war die Debatte im Rat zu den Folgen der Katastrophe in Fukushima. SPD und CDU unterstützten zwar den Antrag der GRÜNEN für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Aber die DEW21 konkret zu verpflichten, wieviel Strom sie aus selbst erzeugten regenerativen Energien anbieten soll, das lehnten SPD und CDU ab – obwohl sich das Szenario an den minimalen Zielen der Bundesregierung orientierte. Ebenso wenig waren SPD und CDU bereit, den zum 31.12.2014 auslaufenden Gesellschaftsvertrag der Dortmunder Energie und Wasser zu nutzen, um sich vom Mitgesellschafter, der RWE Power AG, zu trennen.

In der Pressekonferenz betrachteten wir nun zusammen:

die enge Verflechtung der DEW21 mit der RWE,

der Atomstrombezug der DEW21 und und die geringen DEW21-Erzeugerkapazitäten aus regenerativen Energien und Kraft-Wärme-Kopplung.

Unter anderem diskutierten wir die Frage, wie der politische Druck erhöht werden kann, damit DEW21 ihren Ökostrom-Anteil erhöht.

Für Thomas Quittke, Sprecher des Dortmunder Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Ursula Wirtz, Front-

frau der Schutzgemeinschaft Fluglärm war klar, dass auch der Anbieterwechsel eine Möglichkeit darstellt, den Ausstieg aus der Atomenergie hin zur nachhaltigen Energiepolitik zu forcieren.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, die sich konsequent dafür einsetzen, den kommunalen Energieversorger im Wettbewerb zu stärken und deshalb auch für ein Ende der Stromehe mit RWE plädieren, haben in ihrer Presseerklärung dazu formuliert:

„Wir fordern die Dortmunderinnen und Dortmunder auf, sich für Ökostrom von DEW21 einzusetzen, der diesen Namen verdient. Ansonsten gibt es Anbieter, die garantieren können, dass sie keinen Strom kaufen, der in Atommeilern produziert wird.“

Damit unterstellen GRÜNE keineswegs, dass DEW21 nicht an einer 100-prozentigen Stromerzeugung aus regenerativen Energien interessiert ist. Wir stellen aber fest, dass der jetzige Standard aus ökologischer Sicht verbesserungswürdig ist. Von daher beinhaltet unsere Botschaft in erster Linie ein Signal an die VerbraucherInnen, auf die Angebote des lokalen Anbieters aktiv Einfluss zu nehmen.

Für mich als Vertreter im Aufsichtsrat der DEW21 wird es jedenfalls auch in Zukunft darum gehen, das Unternehmen in seinen unbestrittenen Bemühungen zu unterstützen, einen eigenständigen Beitrag zum Atomausstieg zu gewährleisten und den Anteil der Eigenerzeugung von regenerativen Energien kontinuierlich zu erhöhen. Eine kritische Begleitung dieser Prozesse ist sowohl Aufgabe eines Ratsmitglieds als auch eines Aufsichtsratsmitglieds.

Dies hat sich insbesondere am Beispiel der von CDU und SPD unterstützten Beteiligung am RWE-Gemeinschaftskohlekraftwerk GEKKO in Hamm gezeigt. 29,5 Millionen Euro mussten an Rückstellungen für künftige DEW21-Verluste aus dieser Beteiligung bisher bereitgestellt werden. Geld, das im Aufbau von Erzeugeranlagen auf Basis regenerativer Energie sinnvoller angelegt worden wäre, wie der DEW21-Kauf des Windparks in Alsleben unter Beweis gestellt hat.

Mario Krüger ist Sprecher der GRÜNEN im Rat und Mitglied im Aufsichtsrat der DEW21.

IMMER GUT INFORMIERT!

Hintergründe und Details zu den Themen der GRÜNEN in Dortmund erhalten Sie auch über den **GRÜNEN NEWSLETTER** der Ratsfraktion.

Hier können Sie sich anmelden: www.gruene-do.de



Schlecht gemacht:

DAS BÜROKRATIEMONSTER „BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET“

► Im Februar beschlossen Bundestag und Bundesrat das Regelbedarfsermittlungsgesetz. Statt höherer Regelsätze für Kinder gibt es jetzt ein Bürokratiemonster namens „Bildungs- und Teilhabepaket“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnten dem Gesetz nicht zustimmen: Denn es missachtet die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und rechnet die Bedarfe klein. So hat die Bundesregierung einfach die verdeckt Armen und die Aufstecker aus der Vergleichsgruppe genommen und sie damit erheblich verkleinert. Eine Reihe von Verbrauchspositionen wurden schlichtweg falsch berechnet: Die Verkehrsausgaben für Kinder und Jugendliche etwa spiegeln die Realität nicht wieder. Im Ergebnis erhalten Kinder keinen höheren Regelsatz, und das, obwohl die Ernährungsausgaben bei nur 3 Euro (!) am Tag liegen.

Es wäre ein Leichtes gewesen, hätte man den verfassungsrechtlichen Zugang zu Bildung und Teilhabe in den Kinderregelsatz aufgenommen. Doch Schwarz-Gelb unterstellte allen Eltern im SGB II-Bezug, sie würden ihr Geld „verprassen“, anstatt es für das Wohl ihrer Kinder zu verwenden – und beschloss die Umsetzung als Sach- oder Dienstleistung. Für diese Unterstellung gibt es keinen einzigen empirischen Beleg. Im Gegenteil: Erst jüngst fand eine umfangreiche Studie im Auftrag des Diakonischen Werks Braunschweig und der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz wieder heraus, dass Eltern mit geringem Einkommen zuallerletzt bei ihren Kindern sparen!

Im ursprünglichen Gesetzentwurf von Ministerin von der Leyen sollten zudem nur Kinder aus Familien im Hartz-IV-Bezug vom Bildungspaket profitieren. In den zähen Verhandlungen zum Regelbedarfsermittlungsgesetz haben wir erreicht, dass der Kreis auch andere bedürftige Kinder umfasst. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass die Kommunen und nicht die Jobcenter die Umsetzung in die Hand nehmen können.

Mittagessen, Nachhilfe, Musikschule

Die anspruchsberechtigten Kinder erhalten einen Zuschuss zum Mittagessen in der Schule, im Hort oder in der Kita. Die Eltern müssen einen Anteil von einem

Euro selbst zahlen (sofern die Kommunen nicht weitergehende Leistungen bewilligen). Kosten für Nachhilfe werden erstattet, wenn sonst die Versetzung gefährdet wäre. Die Schule muss den Bedarf bestätigen.

Für Sportvereine und Musikschulen wird ein monatlicher Beitrag von bis zu zehn Euro übernommen. Für Schulmaterialien erhalten bedürftige Familien zum Schuljahresbeginn 70 Euro und für das zweite Schulhalbjahr 30 Euro. Auch für eintägige Klassenausflüge kann die Kostenübernahme beantragt werden. Bei weiten Schulwegen können auch die Kosten für die Fahrkarten erstattet werden.

Ein wesentliches Problem bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets stellt die extrem bürokratische und vielschichtige Umsetzung dar. Zuständig für Antragstellung, Bewilligung und Abrechnung sind die Jobcenter, die Kommunen können durchführen. Aus Bielefeld weiß ich, dass dort mit 2000 anspruchsberechtigten Kindern gerechnet wird. Für die Abwicklung der Anträge sind ganze fünf (!) Vollzeitstellen eingeplant, was einem Personalschlüssel von 1 zu 400 entspricht. Dies zeigt, wie viel Mittel und Personal allein für die Verwaltung aufgewendet werden muss.

Das Monster in der Nahaufnahme

Auf Seiten der Träger entsteht nochmal derselbe Aufwand: Der Zuschuss zum Mittagessen in der Schule wird individuell mit dem SGB-II-Zuschuss gewährt – auf Antrag. Die Familie beantragt beim Träger der Kita oder Offenen Ganztagschule (OGS) den Zuschuss zum Mittagessen und legt den SGB-II-Bescheid vor. Der Träger gibt das Mittagessen aus. Das Verfahren dafür wird in jeder (!) Kommune individuell mit dem Jobcenter und den dutzenden Trägern vor Ort ausgehandelt. Die Kita oder OGS muss nachhalten, wann die SGB-II-Bescheide auslaufen. Da sie höchstens sechs Monate gelten, passiert dies zweimal im Jahr – aber nicht etwa zum Halbjahresbeginn, sondern für jedes Kind an einem anderen Kalendertag! Bei 2000 Bielefelder Kindern wären das mindestens 4000 Vorgänge im Jahr. Gibt der Träger einem Kind am Tag nach dem Bescheid Essen aus, bleibt er auf den Kosten sitzen. Wird der Bescheid zwischenzeitlich geändert oder aufgehoben und der Träger erfährt

es nicht, erhält das Kind über Monate ein Mittagessen (was ja immer noch eine gute Sache ist), der Träger muss die Gelder zurückzahlen und die Kosten von den Eltern zurückfordern. Das ist an Bürokratie kaum zu überbieten.

Was gehört – juristisch gesehen – zur „Geselligkeit“?

Ein weiteres Problem bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets stellt die Vielzahl an unbestimmten Rechtsbegriffen dar. So sind die Begriffe „wesentliche Lernziele“ (§ 28 Abs. 5 SGB II), „Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung“ (§ 28 Abs. 6 SGB II), „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft“ in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit (§ 28 Abs. 7 SGB II) sowie die Förderung der „sozialen Bindungsfähigkeit“ (Eckpunkte für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in NRW) nicht abschließend definiert. In der Praxis kommt es zur Rechtsunsicherheit, die schließlich, so meine Befürchtung, wieder die Sozialgerichte beschäftigen wird.

Wie geht es weiter?

Der Bundesregierung sind die Umsetzungsprobleme bekannt. Konsequenzen? Fehlanzeige! Das Bildungs- und Teilhabepaket setzt zwar gesetzlich den Anspruch auf Bildung und Teilhabe um, droht aber aufgrund der genannten Probleme nicht hinlänglich in Anspruch genommen zu werden. Besser wäre es, das Geld in Infrastruktur und in höhere Kinderregelsätze zu investieren. Man kann nur hoffen, dass die neu eingerichtete Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, der das Bundesarbeitsministerium, das Bundesfamilienministerium, die Bundesagentur für Arbeit, Vertreter aller Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände angehören, die Probleme im Sinne der Anspruchsberechtigten löst. Wir GRÜNE werden dementsprechend am Ball bleiben.

Markus Kurth ist Mitglied des Deutschen Bundestages

HERKULESAUFGABE GEBÄUDESANIERUNG:

KEINE HALBEN SACHEN,

SONDERN EIN WIRKUNGSVOLLES
SANIERUNGSPROGRAMM DES BUNDES MUSS HER!

Die politische Welt in Deutschland hat sich seit Fukushima entscheidend verändert. Energieeinsparung, Energieeffizienz, Energiesanierung – das sind nicht mehr nur vage Ziele, um den CO₂-Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent gegenüber den Werten von 1990 zu reduzieren, worauf sich CDU und FDP festlegten. Fukushima hat die Energiewende konkret gemacht. Seit Merkels Ausstieg aus dem Atomenergie, stehen auch die ehemaligen Atomparteien CDU und FDP vor der Aufgabe, Energie konkret einzusparen.

Dabei spielt die Gebäudesanierung eine wesentliche Rolle:

40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs entfallen auf Gebäude.

Im Gebäudensektor entstehen 30 Prozent der CO₂-Emissionen.

Die bisherige Sanierungsrate von 1 bis 1,5 Prozent reicht längst nicht aus: In NRW existieren ca. 8,5 Millionen Wohnungen, 93 Prozent davon sind vor 1995 gebaut worden. Wollte man derart langsam 93 Prozent des Bestandes sanieren, bräuhete man 60 Jahre – zu lange, um die nationalen Klimaziele zu erreichen. Ursächlich dafür ist nicht zuletzt die Politik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren: Auf der einen Seite konnten (laut Nachhaltigkeitsbericht des Bundesbauministeriums) über die KfW-Programme seit 2006 Investitionen in Höhe von 74 Milliarden Euro finanziert werden. Mit diesen Investitionen wurden 2,4 Millionen Wohnungen energieeffizient saniert oder gebaut. Dies schuf und sicherte jährlich bis zu 320 000 Arbeitsplätze, vorwiegend in den kleinen und mittelständischen Betrieben von Bauwirtschaft und Handwerk.

Auf der anderen Seite organisierte die Bundesregierung seit 2006 ein stetiges Auf und Ab in der Mittelausstattung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms der KfW – mit einem massiven Einschnitt bei den KfW-Mitteln 2010. Das verunsicherte die Wohnungsunternehmen bei ihren langfristig geplanten Sanierungsvorhaben. Inzwischen herrscht tatsächlich Fördermittelknappheit.

Absolut kontraproduktiv für eine gemeinsame Anstrengung zur Gebäudesanierung ist die Debatte, die die Mietrechtsnovelle der Bundesregierung bei den Mieterverbänden losgetreten hat. Mit ihrem Vorstoß, alle Maßnahmen, die dem Klimaschutz oder der energetischen Sanierung dienen, voll als Modernisierungskosten auf die Miete umlegbar zu machen und der gleichzeitig geplanten Regelung, Mietminderung während der Modernisierungsphase nicht mehr möglich zu machen, hat sie den Widerstand der Mietervereinigungen hervorgerufen, die eine Erhöhung der Bundesförderung einklagen, um die Belastung für MieterInnen erträglich zu machen. Und in der Tat: Das KfW-Gebäudesanierungsprogramm ist ein entscheidender Hebel, um die energetische Sanierung nicht ausschließlich auf den Schultern der MieterInnen und EigentümerInnen abzuladen.

NRW macht's vor: Sozialverträgliche und klimaverträgliche Sanierung ist möglich

NRW hat darum unter der neuen Landesregierung ein eigenes Energiesanierungsprogramm des Landes über 200 Millionen Euro aufgelegt mit dem Ziel, die Sanierungsquote in NRW über die 1,5-Prozent-Marke zu heben. Die energetische Gebäudesanierung soll nicht nur den CO₂-Ausstoß reduzieren, sondern durch die Auflage einer Sozialbindung bei Inanspruchnahme der Förderung auch dafür sorgen, dass die von Mietervertretern gefürchtete soziale Entmischung von Quartieren durch Modernisierungsaufschläge auf die Mieten ausbleibt. Sozial und klimafreundlich – das ist die Förderlinie des Landesprogramms. Gleichzeitig wird damit ein Förderprogramm aufgelegt, das bei Inanspruchnahme beispielsweise durch kommunale, genossenschaftliche oder private Wohnungsunternehmen auch dafür sorgt, dass Wertschöpfung in NRW entsteht. Ein Wirtschaftsförderungsprogramm, das also nicht nur MieterInnen und Klima, sondern auch Handwerk und Bauindustrie zugutekommt.

Damit ist ein Thema aufgerufen, das insbesondere im ländlichen Raum zentraler werden wird. Die Frage, wie die Siedlungsentwicklung angesichts des demographischen Wandels überhaupt verlaufen wird – und wo es sich noch lohnt, zu sanieren oder wo Sanierungsmaßnahmen sich auch wirtschaftlich nicht mehr darstellen lassen und ein Rückbau sinnvoller ist.

Rechtliche Hürde gesenkt: Das Nachbarrechtsgesetz in NRW

Mit der Änderung des Nachbarrechts haben wir ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer besseren energetischen Gebäudesanierung in NRW aus dem Weg geräumt. Bisher war bei Gebäuden, die unmittelbar auf der Grundstücksgrenze stehen, die nachträgliche Anbringung einer Wärmedämmung nur mit der Zustimmung der EigentümerIn des Nachbargrundstückes möglich. Erfolgte eine solche Zustimmung, dann wurde zuerst einmal ein bürokratisches Monster mit erheblichen Kostenfolgen ausgelöst. Gab es keine Zustimmung durch die Nachbarn, waren alle rechtlichen Möglichkeiten bereits erschöpft. Mit der beschlossenen Änderung wird die nachträgliche Anbringung

einer Wärmedämmung wesentlich erleichtert, indem für die Nachbarn eine Duldungspflicht eingeführt wird.

Die Durchführung einer solchen Maßnahme ist an strikte Regelungen geknüpft – so darf z. B. keine Ausweitung der Wohnfläche stattfinden. Die Wärmedämmung bei bestehenden Gebäuden wird die Heizkosten für die Eigentümer deutlich senken. Hiervon werden die HauseigentümerInnen und MieterInnen profitieren. Dieses Gesetz hätte übrigens schon mehr als ein Jahr in Kraft sein können, wenn nicht die schwarz-gelbe Vorgängerregierung einen GRÜNEN Vorstoß in der vergangenen Legislaturperiode blockiert hätte.

Daniela Schneckenburger ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie wohnungs- und wirtschaftspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag.

DER GRÜNE BLICK DER NORDSTADT

Protestierende Prostituierte, vermüllte Wohnhäuser: Die Nordstadt hat in den vergangenen Monaten auch überregional Schlagzeilen gemacht – leider vor allem negative.

NORD

► Tatsächlich steht der Stadtteil vor großen Herausforderungen – und damit auch wir. Vor allem der Straßenstrich an der Ravensberger Straße und die mutmaßlich von ZuwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien bewohnten „Problemhäuser“ beschäftigen uns verstärkt. Wir waren schon vor der von SPD und CDU getragenen Schließung des Straßenstrichs mehrfach an der Ravensberger Straße, um Ideen zu sammeln, wie die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessert werden können. Dies ist der einzige Weg, die Ausbreitung der Prostitution auf die umliegenden Wohngebiete zu stoppen. Die Sperrbezirksverordnung bewirkt das Gegenteil. Anders als die Befürworter des „eisernen Besens“ haben wir ausdrücklich alle Beteiligten – Prostituierte, Anwohner sowie soziale Einrichtungen wie die Beratungsstelle KOBER – in die Diskussion einbezogen und ein Konzept für einen sozialverträglichen Straßenstrich vorgeschlagen.

Am 1. Juni führten Ulrike Märkel und Christopher Welwert von den Nordstadtgrünen sowie Mario Krüger von der Ratsfraktion ein informatives Gespräch mit Akteuren im Umfeld der Ravensberger Straße. Daraus ergab sich ein Besuch in einem von Roma bewohnten Haus an der Grenze zwischen Nordstadt und Eving – Baracke wäre der bessere Ausdruck. Vor Ort konnten wir uns ein Bild der vermüllten Wohnungen machen. Einer der Bewohner erzählte uns von einem deutschen Vermieter, der menschenunwürdige Vermietungszustände

offensichtlich akzeptiert. Gerümpel im Hinterhof, Stromkabel von Wohnung zu Wohnung und Kinder, die vermutlich nicht zur Schule gehen, waren einige der Eindrücke, die wir mitnahmen.

Die Situation der Roma in der Nordstadt interessiert auch den GRÜNEN EU-Abgeordneten Sven Giegold. Am 17. Juni besuchte er zusammen mit Hans-Georg Schwinn, Max Spiegelberg und Christopher Welwert von den Nordstadtgrünen sowie Uli Langhorst von der Fraktion den Dortmunder Norden, um sich selbst ein Bild zu machen. Vom Nordmarkt ging es per Fahrrad über den sogenannten „Arbeiterstrich“ der Mallinckrodtstraße zur Oesterholz-Grundschule, wo wir eine Auffangklasse besuchten. Mit dabei waren auch Frank Märkel (Integrationsagentur der Caritas) sowie Andreas Kraus (Regisseur und Vorstand des Vereins „Freunde Stoliponovos“ aus Traunstein), die sich beide für die Integration der Roma einsetzen. Bei der nachfolgenden Pressekonferenz hatten wir die Gelegenheit, Sven kurz zu interviewen:



Nordstadtgrüne: Sven, welchen Eindruck hattest du von der Situation der Roma in Dortmund und wie bewertest du das Vorgehen der Verwaltung?

Sven Giegold: Soziale Probleme lassen sich nicht mit Polizeimaßnahmen lösen. Kommunen werden aber auch allein gelassen. Es muss versucht werden – egal wie schwer das ist – mit den Betroffenen vor Ort die Probleme zu lösen. Bei der Diskussion in Dortmund spielen Grundrechtsperspektiven eine viel zu kleine Rolle: medizinische Versorgung, Bildung für Kinder, menschenwürdige Wohnung, Grundrechte auf Nahrung und Einkommen.

Nordstadtgrüne: Wie wird von EU-Seite mit solchen Problemen umgegangen?

Sven Giegold: Es liegt bei den Mitgliedsländern, die EU-Grundrechte-Charta umzusetzen. Außerdem gibt es den Europäischen Sozialfonds. Es wäre klug, dort Anträge zu stellen. Auch wenn nicht mehr viele Fördergelder vorhanden sind, es gibt immer noch Restmittel.

STADT

Trotz der hitzigen Debatten um Straßenstrich und „Problemhäuser“ muss unser Stadtteil weiterhin für seine Bewohner attraktiv bleiben. Insbesondere im Bereich der Jugendarbeit fordern wir ständig die Verbesserung des Angebots. Das Big Tipi im Frenzenbaumpark etwa bietet Raum für interessante Projekte für Kinder und Jugendliche. Leider ist das Big Tipi aufgrund von Planungsfehlern vorzeitig baufällig geworden und schon seit September 2010 geschlossen. Die Sanierung des Urban-II-Symbolprojekts soll etwa 600 000 Euro verschlingen. Doch bei einem Abriss wäre sogar die Rückzahlung von EU-Fördermitteln bis zu 1,2 Millionen Euro fällig.

Wir wundern uns, wie es zu diesem finanziellen Debakel kommen konnte und haben dazu einen ausführlichen Fragenkatalog an die Verwaltung gesendet. Wegen des geringeren Aufwands sind wir der Meinung, das Big Tipi sollte unter einer Garantie, dass nach einer Reparatur der Betrieb bis zum Ende der Zweckbindungsfrist in 18 Jahren gewährleistet ist, saniert werden. Das Big Tipi ist ein Wahrzeichen der Nordstadt und spielt eine wichtige Rolle bei der Jugendarbeit. Es sollte daher erhalten bleiben. Nach der Sanierung muss es dort ein überdurchschnittliches Angebot für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche geben.

Weitere Themen, mit denen wir uns beschäftigen, sind die unhaltbare Situation an der Anne-Frank-Gesamtschule, der PCB-Skandal sowie der von uns geforderte Alkoholkonsumraum. Nicht zuletzt auf unsere Forderung hin wurde die Arbeit des Quartiersmanagements verlängert.

Neues im OV

Erfreulich ist, dass wir in den letzten Monaten mit fünf Neumitgliedern viel Zuwachs bekommen haben. Um möglichst effizient Informationen zu sammeln und zu ordnen, haben wir eine von überall zugängliche Online-Festplatte eingerichtet. Auch bei der Kommunikation nach außen wollen wir verstärkt das Internet nutzen und haben eine eigene Facebook-Seite ins Netz gestellt.



Nordstadtgrüne in Berlin

Katja Bender, Christopher Welwert (links) und Jens Heubes (rechts) von den Nordstadtgrünen waren zu Besuch bei unserem Bundestagsabgeordneten Markus Kurth (mitte), der ebenfalls dem OV Innenstadt-Nord angehört.



Internationale Woche:
Nordstadtgrüne beim Münsterstraßenfest

30 Jahre GRÜNE in Dortmund

Heute:
Sebastian
Müller

Verdamp lang her

► Memoiren wollte ich nie schreiben, auch politische nicht. Deswegen habe ich keine Ordner mehr darüber, wie alles anfang oder wie es in den achtziger und neunziger Jahren weiter ging mit der Entwicklung der GRÜNEN Politik in Dortmund. Obwohl ich damals, ab den beginnenden 1980ern, viel geschrieben habe für den Kreisverband, für die Fraktion im Rat, wahrscheinlich am meisten – nach Petra Kesper und Richard Kelber. Also muss ich mir alles aus der Erinnerung holen, was schon so verdamp lang her ist.

Damals hatten wir – wie heute noch – unzählige politische Aufgaben und ein im Wesentlichen feindseliges politisches Umfeld. Aber wir waren viel zu wenige, ein gutes Dutzend AktivistInnen vielleicht, und viel zu unorganisiert, um erfolgreich viel Wind für eine wahrnehmbare Portion von Politik zu machen. Kontinuität? Geschäftsführung? Hauptamtliche? Was ist das denn? Das musste noch kommen. Und es kam auch, anfangs stundenweise. Wir mussten auch klar kriegen, was wir auch für die Dortmunder Verhältnisse an Politik zu machen hatten. Ökologische Wende auch für Dortmund: OK, aber wie? Kröten in der Hallerey über die Straße tragen oder PCB-Auswurf in Herdecker oder Mengeder Kohlekraftwerken anprangern? Um das zu sortieren, hat unsere Dreierbande erste



Kommunalwahlprogramme geschrieben, echt städtische Programme, noch etwas theoretisch sortiert, aber keine ideologischen Dinger, die auf teilweise mehrere Tage langen Kreismitgliederversammlungen durchgekämmt und durchgekämpft wurden.

Von der Größe, die Häme zu ertragen

Wir ersten GRÜNEN waren alle ziemlich lärmend. Wir kamen alle aus außerparlamentarischen Bewegungen der 1970er Jahre, wo wir das Selbermachen und das provokante Auftrumpfen gelernt hatten. Was wir gar nicht konnten, war das pragmatische, sich bescheiden- de Abspecken einer politischen Agenda und das Zusammenführen von politischen Handlungssträngen und Leuten in der Stadt oder in der Partei der GRÜNEN zu Gunsten der Gewinnung von politischer Aufmerksamkeit und politischem Gewicht.

Häme über dieses Unvermögen gossen unsere politischen Gegner damals kübelweise über uns aus. Nur eine kleine Geschichte unter vielen: Die Dortmunder GRÜNEN waren erstmals bei den Kommunalwahlen 1984 erfolgreich in den Rat mit Fraktionsstärke eingezogen. Ich war als sachkundiger Bürger im Planungsausschuss mit dabei. Und Weihnachten kam. Beim obligatorischen Jahresrückblick konnte sich's der damals amtierende SPD-Oberbürgermeister Samtlebe nicht verkneifen, uns als die dummen, kleinen Kinder mit spaßigen Unarten, die der Dortmunder Rat in diesem Jahr gekriegt hätte, unter dem Gelächter von SPD-CDU-FDP vorzuführen und in den Senkel zu stellen.

Heute lachen sie uns vielleicht nicht mehr so locker aus. Aber es stimmte schon: Eine Partei mussten wir erst werden. Oder lernen, eine zu werden. ●

Sebastian Müller ist seit 1984 bei den GRÜNEN. 1989 bis 1994 war er Ratsmitglied und Fraktionsvorsitzender, 1995-2000 Sprecher des Dortmunder Kreisverbandes, 2000 bis 2005 Gründungsmitglied und Sprecher des BEZirksverbands RUHR der GRÜNEN.

Schreibt auf, was euch an GRÜNEN Erinnerungen einfällt und mailt uns eure Geschichten. Gern veröffentlichen wir eure Texte und eure Fotos.

Peter Halbsguth 27. Dezember 1940 – 10. März 2011



Am 10.03.2011 haben wir Peter Halbsguth, unseren unermüdbaren Mitstreiter und mehrjährigen Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksvertretung Hörde, verloren.

Peter verstarb nach schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren.

Wir verlieren mit ihm einen kompetenten Ansprechpartner in Sachen Naturschutz. In ungezählten Planungsverfahren brachte er seinen Sachverstand ein. Seine größten Projekte waren die Begleitung des Strukturwandels auf den Phoenix-Flächen in Hörde. Sein besonderes Engagement galt dabei der Rückgewinnung von Frei- und Grünflächen für Flora und Fauna. Wichtig waren ihm dabei stets die Menschen, bei denen er für Respekt im Umgang und bei der Nutzung von Natur warb.

Peter war vielfältig in das Leben in der Stadt und im Stadtbezirk verwoben. Ob Stenographen-

verein, Schwimmkurse für Kinder, Förderung des Freibades Wellinghofen, runder Tisch Grimmel-siepen – um nur eine kleine Auswahl zu nennen – immer war Peter präsent und interessiert. In seiner natürlichen Art gelang es ihm dabei Menschen zu überzeugen und in der Sache zu begeistern.

Für ihn selbstverständlich war auch sein politisches Engagement. Nachhaltigkeit war für ihn nicht ein überstrapaziertes Modewort, sondern Programm im täglichen Leben. Peter war hier ein Vorbild. Das Ziel immer im Blick, dabei aber nicht die kleinen Dinge am Wegesrand übersehend.

Wir erinnern uns gerne an seine freundliche, fröhliche, aufgeschlossene Art mit der er auf Menschen zugeht und sind dankbar, dass wir ein Stück des Weges mit ihm zusammen gehen durften.

Klaus Tillmann für die GRÜNEN in Dortmund

Helga Hilbert 8. August 1955 – 2. Mai 2011

Am 2. Mai starb Helga Hilbert, Mitglied des Rates der Stadt Dortmund. Für uns als GRÜNE, als Kreisverband und als Fraktion ist das ein schwerer Schlag. Denn die Spuren, die Helga hinterlässt, sind groß. Politisch, menschlich, in unseren Herzen. Die Politik, die Fraktion, die Diskussionen um eine soziale und ökologische Stadt – das war Helga so wichtig, dass sie auch während und trotz ihrer Krankheit vom Südwall überkam ins Rathaus zu den Sitzungen der Fraktion, zum Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit, in den Rat, den Integrationsrat, den Arbeitskreis für Flüchtlinge oder auch die Koordinierungsstelle gegen Rechts. Selbst dann noch, als es ihr erkennbar schwerer fiel und sie Schmerzen hatte.

Diese Stunden der gemeinsamen politischen Arbeit, des Überlegens, Beratens, auch Streitens um Lösungen, das ließ sie mit ihrer Leidenschaft für Politik ihre Krankheit und ihre Schmerzen für eine Zeit vergessen.

Politik war ein großer und bestimmender Teil ihres Lebens und ihrer Persönlichkeit. Sie machte Politik nicht um der Politik willen. Sondern, um konkrete Dinge zu verändern im Sinne der Menschen, für die sie sich einsetzte. Sich einzumischen gegen Benachteiligungen, gegen Diskriminierung, gegen Rassismus, das war für sie eine tief in ihr verwurzelte Notwendigkeit, um Mensch zu werden und zu bleiben.

Sie machte das auf ihre sehr eigene Art: Ausdauernd, hartnäckig, sanft, unermüdlich, getragen von einem radikalen Humanismus, von einer tiefen Menschlichkeit, die alle, die mit ihr zusammen arbeiten durften, bewundert haben.

Stefan Neuhaus für die GRÜNEN in Dortmund



Themen wandern durch die GRÜNEN Ebenen:

LANDESVORSTANDSSTRUKTUR, FRACKING UND ATOMAUSSTIEG

► Von der **Landesdelegiertenkonferenz** (LDK) in Emsdetten (28./29. Mai) über das **Kreisvorständetreffen** in Oberhausen (19. Juni) bis zur **Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz** (BDK) in Berlin (25. Juni) und mit einigen Zwischenstopps in Dortmunder **Mitgliederversammlungen**.

In Emsdetten standen zur Abstimmung: Die Umstrukturierung des Landesvorstands, Hydraulic Fracturing (Fracking) und Atomausstieg. Diese Themen hatten wir auch in Dortmund in Mitgliederversammlungen intensiv diskutiert.

Grundsätzlich begrüßen wir die Umstrukturierung des Landesvorstands, denn die Basis wird nun stärker eingebunden. Auch ist die Zusammenarbeit des Landesvorstands mit den MandatsträgerInnen auf Landes-, Bundes- und Europaebene nun geregelt und wird dadurch hoffentlich transparenter. Unser Kreisverband folgte dem Antrag der GRÜNEN Jugend, nicht

19 sondern 20 Menschen im Landesvorstand zu haben, weil so die Basis zumindest gleich stark in diesem neuen Gremium vertreten ist. Dem folgte auch die LDK. Das weitere Anliegen der GRÜNEN Jugend, dass keine MandatsträgerInnen im geschäftsführenden Vorstand sein dürfen, fand dagegen wohl deshalb keine Mehrheit, weil Monika Düker als Sprecherin des Landesverbandes auch im Landtag ist.

Wichtiges Thema war die Umsetzung der Inklusion als Querschnittsthema der Landespolitik. In der Substanz wurde der Leit Antrag dazu durch Zusatzanträge weiter verbessert. Dieses an keiner Stelle strittige Thema wird jedoch in der konkreten Umsetzung z. B. in den Schulen bei aller guten Absicht auf diverse Probleme stoßen, die wir in den Kommunen auffangen müssen.

Unsere Mitgliederversammlung in Dortmund hatte zum Fracking einen

Änderungsantrag beschlossen, der die grundsätzliche Anlehnung eines solchen Verfahrens deutlich machen sollte. Im AntragsstellerInnenreffen konnten wir das Wort „ablehnen“ in den Antrag bringen und eine Formulierung, die der übergeordneten Funktion dieses Problems entspricht. Insgesamt gesehen liest sich der Beschluss auch so, als könne man unter keinen Bedingungen einem solchen Verfahren zustimmen. Wobei man sich letztlich um eine scharfe Ablehnung herumdrückt.

Darf man für den Atomausstieg stimmen, wenn er zu spät kommt?

Genau dieses Antrags- und Beschlussmodell erleben wir in besonders gravierender Form bei allem, was sich um den Atomausstieg abspielt. Da beschließt die LDK Ende Mai den Atomausstieg in der nächsten Legislaturperiode bis spätestens 2017 und legt unsere Grundanforderun-

gen fest, die in Verhandlungen vor der Abstimmung über das von der Bundesregierung vorgelegte Atomgesetz im Interesse eines gesellschaftlichen Konsenses aufgenommen werden müssen ...

und dann legt uns am 17. Juni der Bundesvorstand einen Antrag für die BDK vor, der sich liest wie eine Ablehnung des vorgelegten Atomgesetzes, aber

zwei Tage später in Oberhausen gibt es nur ein Thema: Wie verhalten wir uns zu diesem Atomausstieg der Bundesregierung? – wohl gemerkt: dem der Bundesregierung!

Dass die Gesetze zur Energiewende unzureichend und nicht zustimmungsfähig sind, ist durchgehend Konsens; die inhaltliche Bewertung des vorgelegten Atomgesetzes ebenfalls. Selbstverständlich begrüßen wir alle die Abschaltung der sieben ältesten Reaktoren und des Pannereaktors Krümmel sowie einen konkreten Abschaltplan für die weiteren Atomkraftwerke. Aber das, was im Atomgesetz fehlt, ist das große Problem: Weder verschärfte Sicherheit noch die Endlagerfrage noch Gronau werden geregelt. „Wir lassen uns den Atomausstieg nicht nehmen!“, ist auf den Punkt gebracht das Kernargument, was einzig für den Merkel-Atomausstieg spricht. Und wie gesagt, 2022 ist viel zu weit weg.

Das Kreisvorständetreffen endete nicht mit einer Abstimmung, dafür aber unsere Mitgliederversammlung in Dortmund am 20. Juni. Mit wenigen Ausnahmen gab die Mitgliederversammlung unseren Delegierten für Berlin den Auftrag, sich gegen eine Zustimmung zum Merkel-Atomausstieg auszusprechen.

Wir müssen uns fragen, was eine Opposition wert ist, wenn sie trotz intensiver Forderung, den Atomausstieg mit zu

gestalten, keinen Fuß in die Tür bekommt, obwohl hinlänglich bekannt ist, dass die GRÜNEN die Experten für den Atomausstieg sind. Es gibt keinen Verhandlungsprozess, um tatsächlich einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen. Der Atomausstieg ist und bleibt GRÜNER Erfolg. Niemand käme auf die Idee, die GRÜNEN für Atomfans zu halten, nur weil wir einem CDU/FDP-Gesetz nicht zustimmen, das den GRÜNEN Kriterien für einen rechtssicheren und umfassend nachhaltigen Atomausstieg nicht entspricht. Dieser Atomausstieg ist nicht unser Atomausstieg. Wir geben kein GRÜNES Siegel dort, wo keins drauf gehört. Und wer an Nachverhandlungen glaubt, wenn erst einmal zugestimmt ist, könnte sich heftig irren ...

... schrieb **Hilke Schwingeler**, Sprecherin des Kreisverbands Dortmund, am Tag vor der Bundesdelegiertenkonferenz. Der Ausgang der Diskussion war offen.

Gemeinsam für den Ausstieg

Gegen alle Vorhersagen der Medien zeichnete sich die Bundesdelegiertenkonferenz nicht durch parteispaltende Diskussionen aus, sondern durch DEN grundlegenden Konsens: Wir wollen keine Atomenergie! Wir wollen die Energiewende! Und zwar besser gestern als heute!

Diskutiert wurde lediglich, ob nun der merkelschen Novelle des Atomgesetzes zugestimmt werden solle oder nicht. Verraten wir unsere Ziele oder setzen wir ein Zeichen? Viele Emotionen und viele taktische Spekulationen um ein schlichtes Ja oder Nein. Die Debattenbeiträge waren auf beiden Seiten entsprechend leidenschaftlich und das Abstimmungsergebnis denkbar knapp. Der Gegenantrag zum Antrag des Bundesvorstandes, der A 24 „Energiewende in Deutschland – GRÜN geht weiter!“, vorgestellt von Martina Lammers u. a. vom Kreisverband

Lüchow-Dannenberg (Gorleben), unterlag mit geschätzten 45 zu 55 Prozent. Und damit auch die Stimme des Kreisverbands Dortmund, der sich mehrheitlich gegen eine Zustimmung ausgesprochen und seine vier Bundesdelegierten mit diesem Votum nach Berlin geschickt hatte. Unsere Forderungen: Ausstieg bis 2017, Baustopp für Gorleben, Verschärfung der Sicherheitsstandards, Verankerung des Ausstiegs im Grundgesetz und eine echte Energiewende. Ohne Verhandlungen und echte Konzessionen auch keine Zustimmung.

Letztlich hat sich der Bundesvorstand mit seinem Anliegen durchgesetzt, einen partei- und lagerübergreifenden Atomausstieg mitzutragen. Schließlich haben die GRÜNEN seit über 30 Jahren an der Seite der Anti-AKW-Bewegung für den Ausstieg gekämpft. Und den Erfolg, eine Schwarz-Gelbe Regierung zum Ausstieg genötigt zu haben, wollte man sich nicht wegnehmen lassen, nur weil die ur-GRÜNEN Forderungen nicht zu 100 Prozent umgesetzt werden.

Der Kampf gegen Atomkraft und für Erneuerbare Energien geht weiter. Aber ein national und auch international unglaublich wichtiges Zeichen ist gesetzt: Der Ausstieg ist auch in einem Hochtechnologieland möglich. Eine wichtige Botschaft, die auch die anwesenden Botschaftsvertreter aus Frankreich, USA, Ecuador, Angola und anderen Ländern mitnehmen werden. Und dass wir GRÜNEN uns nicht auseinanderdividieren lassen und auch weiterhin geschlossen für unsere Ziele eintreten, konnte man auch an dem Ergebnis der Schlussabstimmung ablesen: Der BDK-Beschluss wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Max Lange ist Beisitzer im Vorstand des Kreisverbands Dortmund und Bundesdelegierter.





BEITRITTSERKLÄRUNG



Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).
Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/121171 · Fax.: 0231/121164

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: Montags von 11.00 bis 15.00 Uhr

Donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/5022078 · Fax.: 0231/5022094

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

AnsprechpartnerInnen im Büro:

Petra Kesper Fachbereiche Ökologie, Wirtschaft und Stadtplanung

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder, Jugend und Kultur

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

Sprecherin: Lea Sommer - E-Mail: lea.som@gjdo.de

Sprecher: Simon Liederwald - E-Mail: simonliederwald@gmx.de

TERMINE

Mittwoch, 13. Juli, 19.00 Uhr • Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8, Dortmund
DORTMUNDER DIALOG - UMWELT TRIFFT WIRTSCHAFT

Nachhaltige Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Umwelt und Wachstum

Diskussionsveranstaltung mit Daniela Schneckenburger, Udo Paschedag, Dr. Ansgar Fendel, Jutta Reiter, Thomas Quittek u. a.

Donnerstag, 14. Juli, 19.00 Uhr • Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8, Dortmund
MITGLIEDERVERSAMMLUNG, THEMA: STADTBZIRKSGRENZEN

Samstag, 16. Juli, 12.30 Uhr • Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8, Dortmund
LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALES

Samstag, 27. August, 12.00 bis 22.00 Uhr • Reinoldikirchplatz, Dortmund
15. DORTMUNDER CHRISTOPHER STREET DAY
www.csd-dortmund.de

Donnerstag bis Sonntag, 8.-11. September • Frankfurt/Oder und Slubice
2. GRÜNE EUROPÄISCHE SOMMERUNIVERSITÄT
www.green-summer-university.eu

Samstag, 3. September • überall in Dortmund
DORTMUND STELLT SICH QUER
Demonstrationen und Blockaden gegen den Naziaufmarsch

Samstag und Sonntag, 8.+ 9. Oktober
LÄNDERRAT UND LANDESPARTEIRAT

Samstag, 15. Oktober • World Conference Center in Bonn
GRÜNE ZEITEN
Die Denkfabrik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nordrhein-Westfalen
<http://gruene-denkfabrik.de/>

Samstag bis Sonntag, 25.-27. November • Kiel
BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Benito Barajas (2), Cornelia Suhan (13), Gerd Schmedes (1, 3, 6, 8, 9, 10, 11, 15, 16), GRÜNE NRW (14)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

